

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

43 (20.2.1922)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 11 M monatlich. — Einzelnummer 50 Pf. — Ausgabe: Mittags 6.50 M; Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 6.50 M; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einpaltige Kolonetzelle 2.50 M. Die Restamezelle bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das Vertrauensvotum für Poincaré

21. Paris, 18. Febr. (Telunion.) Wie berichtet, kam in der Kammer gestern eine Interpellation über Vorfälle in Petersburg zur Verhandlung. Poincaré teilte mit, es sei inzwischen die französische Botschaft in Berlin beauftragt worden, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß, wenn es sich herausstelle, daß das Attentat mit Unterstützung von Reichselementen erfolgt sei, dadurch eine Verantwortung des Reiches bedingt würde. Die Untersuchung der Reichsregierung hat ein negatives Ergebnis gehabt; aber die Entente-Kommission habe ihre eigenen Untersuchungen fort. Wenn die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung als engagiert festgestellt würde, so würden seitens der Entente Sanktionen vorgeschlagen werden. Poincaré's Erklärungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Besonders reich war der Beifall an der Stelle, wo Poincaré erklärte, daß den französischen Jägern die Aufgabe obliege, Nachforschungen nach verbotenen Waffen anzustellen, und daß sie damit den Frieden unterstützen. Die Jäger, die gefallen seien, seien gestorben, um die Ruhe und Sicherheit der Welt zu gewährleisten.

Am Schluß der Debatte wurde die Tagesordnung einstimmig mit 508 Stimmen angenommen. Das ist eine Einmütigkeit, wie sie einer französischen Regierung bei einem Vertrauensvotum außerst selten entgegengebracht wird.

Die Tatsache, daß sogar die Kommunisten sich den Regierungserklärungen angeschlossen haben, zeigt, daß Poincaré tatsächlich der Mann des gegenwärtigen französischen Parlamentes ist.

Französische Abgeordnete in Berlin

Berlin, 19. Febr. Die Abgeordneten der französischen Kammer Paul de Cassagnac und Le Protot de Launoy sind in Berlin eingetroffen. Sie gehören der Parlamentarischen Kommission an. Sie hatten bereits eine Audienz beim Reichskanzler, dem Außenminister Dr. Rathenau und dem Reichswehrminister und haben auch mit dem Reichspräsidenten Ebert eine Audienz genommen, desgleichen mit verschiedenen Parteipolitikern. Es handelt sich um eine Studienreise der Abgeordneten.

Rein Stundungsantrag

Berlin, 18. Febr. Heute früh wurden Gerüchte verbreitet, daß Deutschland einen neuen Antrag auf Stundung der Reparationszahlungen gestellt habe. Die Gerüchte hatten an der Waise eine Aufwärtsbewegung der Devisen zur Folge. Die von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, entsprechen diese Gerüchte jeder Grundlage. Die deutsche Regierung hat bisher regelmäßig alle 10 Tage die verlangten 11 Millionen Goldmark bezahlt und wird dies auch weiterhin tun.

Die Sklavenarbeit Deutschlands

London, 18. Febr. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte im Unterhaus Baldwin, Deutschland sei durch den Berliner Vertrag verpflichtet, während 5 Jahren für Rechnung der alliierten und assoziierten Regierungen Hundertschiffe im Gesamtumfang von 200 000 Tonnen jährlich zu bauen. Großbritannien habe jederzeit Formell auf jeden Anspruch auf irgend einen Anteil aus dieser Tonnage verzichtet.

Anatole France an die Franzosen

21. Paris, 19. Febr. Die „Liga für Menschenrechte“ gab gestern zu Ehren von Anatole France aus Anlaß der Ueberwindung des Nobelpreises an ihn ein Festmahl, auf dem sich der Redner über die augenblickliche Lage Europas verbreitete. Er erklärte er u. a.: Wir müssen die schuldige Reparation leisten und erhalten. Das ist nur Gerechtigkeit, aber wir dürfen sie nicht mit einem gefährlichen Zwang von einer einzigen Nation verlangen, sondern von allen Staaten der Welt, können, auch wenn man alle Klassen der Welt öffnet. Ich rufe den Franzosen zu: Haltet nicht, sondern laßt zu verfahren. Am gemeinsamen Abend aller Völker hat vielleicht wenn wir die ersten Nationen gelitten. Wenn wir den Ruin lieben, es durch eine gerechte Abwägung dessen sein, was möglich und gut ist, dann müssen wir nach dem herrlichen Wort Goethes ausrufen: Seien wir gute Europäer!

Neue Zuckerpreiserhöhung

21. Berlin, 18. Febr. Wie aus einer Reichstagsanfrage hervorgeht, befaßt sich die Zuckerwirtschaftsstelle augenblicklich wieder mit einer weiteren Erhöhung der Zuckerpreise, welche 1.50 M betragen soll. Dieser Preis würde eine Steigerung von 100 Prozent gegenüber den November- und Dezemberpreisen von 1921 bedeuten.

Entlassung und Begnadigung deutscher Offiziere

21. Koblenz, 18. Febr. Die Ende vergangenen Jahres vom Kriegsgericht in Aachen verurteilten und verurteilten Offiziere des Regiments „Bogel vom Rosenfeld“ wegen angeblicher Teilnahme an einer Regimentsfeier sind sämtlich auf die Befreiung eines Gnadenbundes, das durch den Reichsminister für die besetzten rheinischen Gebiete, dem belgischen Oberkommando überreicht worden war, entlassen und begnadigt worden.

Neue Lohnerhöhung im Kohlenbergbau

21. Berlin, 20. Febr. Die „Die Zeit“ von kommunistischer Seite erfährt, werden am 24. ds. Mt. die Arbeiter und

Arbeiterverbände im Kohlenbergbau in Berlin zusammenzutreten, um über eine neue Lohnerhöhung im Kohlenbergbau zu beschließen. Bestimmte Forderungen sind noch nicht aufgestellt worden; Funktionäre im Ruhrgebiet haben aber in vorigen Versammlungen für neue Lohnerhöhungen um 30 Proz. Stimmung gemacht, sodaß damit gerechnet werden muß, daß diese Forderung auch von den Arbeitnehmern in Berlin aufgestellt wird. Nach Festsetzung der Lohnerhöhung soll am Montag, den 27. der Reichshöhlenrat zusammentreten, um eine durch die neue Lohnerhöhung erforderliche Kohlenpreiserhöhung festzusetzen.

Die Erzbergermörder nicht in Budapest?

21. Budapest, 20. Febr. Die hiesige Polizei veröffentlicht die Erklärung, daß die Nachricht Berliner Blätter, wonach die Mörder Erzbergers in Budapest seien und unter dem Schutze der „Erwachenden Ungarns“ stehen sollen, jeder Grundlage entbehre.

Ablieferung deutscher Verkehrsmittel

21. Berlin, 20. Febr. Nach halbamtlicher Mitteilung wurden bis zum 31. Januar 1922 einschließlich insgesamt gemäß Art. 233 des Friedensvertrages zurückgegeben: 1. An Belgien Staatsbahnwagen 15 190, Privatwagen 351; 2. an Frankreich Staatsbahnwagen 6353, Privatwagen 959; 3. an Rumänien 1505; 4. an Serbien 277; 5. an Italien 69; also zusammen 24 712 Fahrzeuge.

Die zwei Richtungen in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner

Berlin, 18. Febr. (Privattelegramm.) Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner, der seit Donnerstag früh in Berlin tagt, um über die Wahrgelungen anläßlich des letzten Streiks zu beraten, hat sich bisher noch nicht auf einen Entschluß einigen können. Der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, Menne, erklärte, daß die Reichsgewerkschaft nicht nachgeben, sondern den Streit auf der Höhe ihrer Kraft abgeben würde, um zu verhindern, daß die Kommunisten die Bewegung zu ihren Gunsten ausnutzen. Man habe den Streit nur unterbrochen, um der Regierung eine Atempause zu gewähren. Bei der gemäßigten Richtung der Reichsgewerkschaft wurde diesen Ausführungen sehr energisch widersprochen. Es müsse festgestellt werden, daß in der Streitleitung Wählerkreise und vor allem eine Anzahl Personen seien, die den Streit von dem ursprünglich wirtschaftlichen auf das politische Gleis zu schieben bemüht waren. Man könne von Reichsverkehrsminister nicht verlangen, daß er jetzt die schon eingeleiteten Disziplinierungen rückgängig mache. Dies würde die Autorität der Regierung restlos untergraben. Ueber diesen Punkt gingen die Ansichten sehr auseinander und die Debatte war zeitweise recht heftig. Von einigen Vertretern, so aus dem Industriebereich, Frankfurt a. M. und Weesau, wurde für eine Wiederaufnahme des Ausstandes agitiert. Es ist ersichtlich, daß der radikale Flügel in der Reichsgewerkschaft nicht mehr so geschlossen dasteht, wie Anfang dieses Monats.

21. Berlin, 18. Febr. Ueber die nejrige Besprechung von Vertretern der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und Anwärter mit dem Reichskanzler wird von zuverlässiger Stelle mitgeteilt, daß die Vertreter der Eisenbahner vorgetragen, es würden entgegen den ausgegebenen Mitteilungen dennoch Massenentlassungen vorgenommen. Die Maßnahmen würden teilweise ausgesetzt, insbesondere sei die Frage, wer als Urheber anzusehen sei, durchaus unklar. Die Vertreter legten dann eine Liste von angelegten Disziplinierungen vor, die 7000 Fälle enthielt. Ihre Forderungen gingen dahin, es sollten die Disziplinierungen nur in schwereren Fällen stattfinden. Das Ergebnis der Besprechungen beim Reichskanzler war, daß der Reichskanzler die Einhaltung der Richtlinien im Auge behalten werde. Er kann jedoch nicht jedem einzelnen Fall nachgeben, da dies eriens technisch nicht möglich und zweitens auch nicht seines Amtes ist. Wenn aber die Eisenbahnervertreter ihm besondere Fälle unterbreiten, bei denen die Richtlinien nicht innegehalten worden sind, dann ist der Reichskanzler bereit, sich der Fälle anzunehmen. Schließlich wurden die Vertreter noch ersucht, Beweismaterial für ihre Behauptungen herzuführen. Ueber den Begriff des Urhebers, wie er in den Richtlinien enthalten ist, wird eventuell noch das Kabinett beraten.

Die polnische Sparpolitik — Massenentlassung auch von Eisenbahnerpersonal

21. Warschau, 19. Febr. Von den 200 000 Angestellten der polnischen Staatsbahn werden 40 000 aus Spargründen entlassen. Das Ministerium für Kunst und Wissenschaft wurde aufgelöst und ebenso das Zentralamt für die Ein- und Ausfuhr. Eine Vereinigung verschiedener Verwaltungsstellen unter einem gemeinsamen Chef wurde durchgeführt. Durch diese Sparmaßnahmen soll der Ausgabenetat um 1 Milliarde polnische Mark jährlich herabgemindert werden.

Bergarbeiterstreik

21. Gelsenkirchen, 18. Febr. Die Bergarbeiter leiteten den streikenden Vorstoß des Ransfeldischen Syndikats, die Streikteilnehmer dem Schiedsgericht zu unterbreiten, ab. Der Streik hat heute nachmittag begonnen.

Streikbewegung in Berlin

Berlin, 18. Febr. Die Berliner Geschäftshaus-Voriers sind heute in den Streik getreten. Infolgedessen können in den Geschäftshäusern die Büroräume nicht geheizt werden. Auch die Fabrikarbeiter, Maschinenisten und Mauer-Steiger haben sich dem Ausstand angeschlossen.

Nach dem Sieg in der „offenen Feldschlacht“

Der Sieg, den der Kanzler am 15. Februar in der von ihm gewollten „offenen Feldschlacht“, d. h. im Plenum des Reichstags über seine heimtückischen und fanatischen Gegner errungen hat, war noch erfreulicher als er überraschend kam. Wohl niemand im Reichstage hat in der letzten Stunde vor der Abstimmung an einen solchen Erfolg der Regierung geglaubt und glauben können. Ganz natürlich, nachdem bekannt geworden war, daß die Unabhängigen gegen die Regierung stimmen und die bayerischen Volksparteiler sich der Stimme enthalten werden. Jede dieser beiden Parteien konnte bei entsprechender Besetzung des Hauses den Ausschlag für oder gegen die Regierung geben. Am allergeringsten Falle, so schien es, konnte die Regierung eine Mehrheit von kaum einem halben Dutzend Stimmen erhalten, da vorausgesetzt werden mußte, die Mitglieder der dortigen genannten beiden Fraktionen werden Fraktionsdisziplin üben.

Die Ueberraschung bestand dann darin, daß sowohl bei den Unabhängigen wie bei den Bayern ein Teil der Fraktionsmitglieder gegen den einfach unsinnigen Fraktionsbeschluß rebellierten. Die Unabhängigen spalteten sich sogar in vier Gruppen: Gruppe 1, die stärfste, schloß unter Crispian und Dittmanns Führung in die „proletarische“ Front der Stinnes und Helfferich ein, wo sie von den dort schon heimisch gewordenen Kommunisten freudig begrüßt wurde; Gruppe 2 verließ unter Breitscheldts Führung vor der Abstimmung den Saal; Gruppe 3, zu der vornehmlich die ehemals so radikalen sächsischen Unabhängigen gehörten, blieb zwar im Saale sitzen, gab aber seine Stimmzetteln ab und die Gruppe 4 endlich, die schwächste, blieb einfach zu Hause, darunter der Führer der Leipziger Unabhängigen, der sächsische Innenminister Lipinski. Die Unabhängigen boten also ein wahrhaft erhabenes Bild „revolutionärer Massenenergie“, ein Bild, das noch schöner wurde durch die Brandreden, die Crispian und Dittmann kurz vor der Abstimmung gehalten haben. Angesichts der freudestrahlenden Mienen der Stinnes, Helfferich und Westarp tohten die beiden Unabhängigen gegen die Regierung, daß selbst die Kommunisten von dem Verlusce erfolgreicher Konklurrenz absehen mußten. Und dann — eine halbe Stunde später fiel ihnen ihre eigene Mannschaft in vier Teile auseinander. War das auch in diesem Falle für die Regierung wertvoll und politisch erfreulich, so war es jedoch für jeden Sozialisten immerhin bitter, daß eine Partei, die sich doch auch in der Hauptsache aus Arbeitern rekrutiert, sich bis auf die Knochen heillos blamierte.

Wie bei der Bayerischen Volkspartei trifft auch für die Unabhängigen zu: sie sind mit der heute doch ausschlaggebenden Außenpolitik des Kanzlers einverstanden, aber gleichzeitig sind sie in ihrer politischen Engstirnigkeit bereit, um aufgebauhter Nebenbuhler halber eine Regierung kürzen zu helfen, gegen die sich die grenzenlose Wut der gesamten deutschen Reaktionäre richtet und die endlich im Auslande Vertrauen sich erworben hat. Noch verblendeter und unsinniger kann unmöglich eine Partei Politik treiben, als es in diesem Falle von den Unabhängigen und den bayerischen Volksparteilern geschehen ist.

Am 15. Februar ist der Ansturm der deutschnationalen, völksparteilichen und kommunistischen Front gegen die Republik und gegen die Demokratie erfolgreich abgeschlagen worden, weil vor allem das unabhängige Hilfsvolk zum Teil versagt hat. Aber durch diesen Sieg ist das Kabinett Birck schließlich nur auf einige Wochen gerettet. Binnen kürzester Frist wird es abermals um Sein oder Nichtsein zu kämpfen haben. Sobald nämlich die Entscheidung über die neuen Steuern gefällt werden muß.

Das Steuerkompromiß unter Einbezug der Volkspartei ist zerbrochen. Die Volksparteiler hatten ja nur derweil mitgemacht, um für die eigene Partei Vorteile herauszuschlagen. Die Interessen von Land und Volk sind diesen Herrschafien gefehlt. Und als gar der Kanzler sagte, das Außenministerium mit dem nach Lage der Dinge jetzt einzig möglichen Manne, nämlich Herrn Rathenau zu besetzen, mußte die parlamentarische Stinnesgarde auf Geheiß ihres Herrn und Meisters den infamsten Nemp gegen den Kanzler aufnehmen. Natürlich spielt auch Herr Stresemann geradezu frantzoßi entwickelte Eitelkeit eine Rolle.

Daß es jetzt möglich sein werde, mit der Volkspartei zu einem neuen Steuerabkommen zu gelangen, scheint uns ausgeschlossen, denn die Volkspartei hat sich bei der letzten Regierungstrife doch noch hinterhältiger und charakterloser gezeigt, als selbst die ehemaligen Nationalliberalen in ihren schlimmsten Stunden. Und daß gar an die Aufnahme in die jetzige Regierungskoalition gedacht werden könnte, ist noch unwahrscheinlicher, trotzdem die Demokraten erneut an dieser großen Koalition arbeiten. Herr Stinnes wird zunächst für die böse Niederlage, die er auch persönlich am 15. Februar erlitten hat, Rache nehmen wollen. Er hat gegenwärtig die Volkspartei derart am Zügel, daß es ihm gelungen ist, die völksparteilichen Männlein und Weiblein am 15. Februar bis auf Herrn Heinge glatt unter die Fraktionsdisziplin zu beugen. Das dürfte bei den Steuergefechten vermutlich wiederum der Fall sein.

Daß auf die Bayerische Volkspartei gar kein Verlaß ist, haben die letzten Tage abermals deutlich genug gezeigt. Um die anderen Parteien zu täuschen, hat der Erdemagoge Heim bis in die letzten Stunden vor der Abstimmung den Glauben er-

